

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illust. Beilage Volk und Welt sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.-, für Selbstabholer 1.80 Mk. — Durch die Post bezogen 2.- Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. Bankkontofoto: Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Lauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — Verlag in Leipzig, Lauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

Insertionspreise: Die 10gep. Kolonelle 35 Pf., bei Plakatschrift 40 Pf., Stellenangebote 10gep. Kolonelle 25 Pf., Familiennachrichten von Privatpersonen 10gep. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk., Inserate v. ausw.: die 10gep. Kolonelle 40 Pf., bei Plakatschrift, 60 Pf., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigbüchsen und alle Postanstalten entgegen

Angriff auf Lardieu

Innen- und Außenpolitik

SPD Paris, 28. November.

Ein von zwei Seiten kommender Angriff bedroht nach der allgemeinen Ansicht der Morgenblätter am Donnerstag die Existenz des Kabinetts Lardieu. Die Auswärtige Kommission der Kammer hat am Mittwoch auf einen neuen Vorsitz des Ueberpartioten Franklin Bouillon hin beschlossen, eine Untersuchungskommission einzusetzen, die die Erklärungen Briands über die tatsächliche Entmilitarisierung der Rheinlandzone an Ort und Stelle nachprüfen soll. Vor allen Dingen soll sie sich über die Zerstörung gewisser Anlagenwerke und strategischer Eisenbahnlinien vergewissern. Weiter hat die Auswärtige Kommission — ebenfalls auf Antrag Franklin Bouillons — den Abg. Du Bois, den ehemaligen Vorsitzenden der Reparationskommission, damit beauftragt, eine Enquete über die Rückgabe der beschlagnahmten deutschen Güter zu veranstalten. Franklin Bouillon glaubt nämlich Beweise dafür zu haben, daß die Gebrüder Mannesmann sich in Marokko und Äthiopien in Lothringen wieder festsetzen wollen.

Die Finanzkommission der Kammer hat auf Antrag des sozialistischen Abgeordneten Vincent Auriant mit 16 gegen 12 Stimmen beschlossen, entgegen dem Wunsche des Ministerpräsidenten Lardieu, das neue Milliardenprojekt über die

Hebung von Landwirtschaft, Handel und Industrie ins Budget einzugliedern. Lardieu wollte diese Milliardenrente einem Spezialkonto zuführen. Die Kommission war dagegen, weil sonst das Parlament keine Kontrolle über die Verwendung dieser Summen hat. Wie das Echo de Paris auf Grund einer Unterredung mit Lardieu mitteilt, will der Ministerpräsident schon am Donnerstag im Plenum der Kammer gegen diese Beschlüsse protestieren und unter Stellung der Vertragensfrage die Desavouierung der Kommissionsbeschlüsse verlangen.

Manifest der belgischen Arbeiterpartei

SPD Brüssel, 27. November.

In einem am Mittwoch vom Generatrat der belgischen Arbeiterpartei beschlossenen Manifest „An das Volk“ heißt es, daß die Arbeiterpartei in der Opposition zu verharren gedenke, „bis der Siegesmarsch der Arbeiter sie zur Macht bringt“. In der Zwischenzeit werde die Partei mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Verschleppung der notwendig erscheinenden sozialen Reformen kämpfen und dafür eintreten, daß die Sprachfrage im Geiste des von der Arbeiterpartei ausgearbeiteten Kompromisses der Belgier gelöst werde. Das Manifest wird in einer Million Exemplaren verbreitet.

Großes Konzentrations-Kabinett

Die Regierungskoalition in der Tschechoslowakei

Der Prager Berichtskorrespondent der Leipziger Volkszeitung gibt in diesem Artikel eine Uebersicht über die Haltung der sozialistischen Parteien der Tschechoslowakei in den vier Wochen andauernden Verhandlungen zur Regierungsbildung. Die deutschen Sozialdemokraten dieses Landes beteiligten sich zum ersten Male an der Regierung — vorausgesetzt, daß der Außerordentliche Parteitag zustimmt. Die politischen Verhältnisse sind in der Tschechoslowakei anders als in Deutschland und es wird sich zeigen müssen, ob es den geeinten Bemühungen der sozialistischen Parteien gelingen wird, wichtige sozialpolitische Forderungen der Arbeiterklasse in der Koalition durchzusetzen. Redaktion der Leipziger Volkszeitung.

J. B. Nach nahezu fünfwöchigen Verhandlungen mußte die tschechische Agrarpartei ihren Königsgedanken fallenlassen, daß nämlich der alte Bürgerblock auch der Kern der neuen Regierung bleiben werde. Man hatte es sich einfach vorgestellt: die acht Bürgerblockparteien mit ihren 147 Mandaten würden auch weiterhin maßgebend bleiben und die tschechischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten dürften mit 71 Mandaten die notwendige Ergänzung zur Mehrheit beisteuern.

Aber die tschechische Sozialdemokratie hat diese ihr zugedachte Rolle auf das entschiedenste abgelehnt und durch ihre Vertreter erklären lassen, daß sie „nicht den Salat aus agrarischen Kräten“ zu machen gedenke. Sie stellte sich insbesondere mit aller Energie gegen die Versuche, die deutschen Sozialdemokraten aus den Mehrheitskombinationen auszuschalten. Man warf dieser Partei, die bisher in wahrlich vorbildlicher Weise die Grundzüge des Sozialismus und der Gleichberechtigung der die Tschechoslowakei bewohnenden Völker vertreten hatte, vor, daß sie nationaler sei als die deutsch-bürgerlichen Parteien und daher noch nicht reif genug sei, an der staatlichen Verwaltung teilzunehmen. Es ergab sich als erfreulichste Erscheinung bei den ganzen Verhandlungen, daß der „sozialistische Block“, zu welchem neben tschechischen und deutschen Sozialdemokraten auch die tschechischen Nationalsozialisten gerechnet werden, eine vorbildliche Solidarität bewies. Alle Forderungen der bürgerlichen Parteien wurden seitens der tschechischen sozialistischen Parteien abgelehnt, sie beharrten darauf, daß auch die deutsche Sozialdemokratie der neuen Mehrheit zugezogen würden. Man wäre vielleicht schließlich auch darüber einig geworden, doch spielte die Frage der Parität zwischen sozialistischen und bürgerlichen Parteien eine nicht minder gewichtige Rolle.

Selbst wenn nämlich die deutsche Sozialdemokratie zu den bisherigen bürgerlichen Mehrheitsparteien hinzugenommen worden wäre, hätte sich in der neuen Mehrheit ein Verhältnis von 147 bürgerlichen zu 92 sozialistischen Mandaten ergeben; die Bürgerlichen wären also in ganz bedeutender Mehrheit gewesen. Das müßten die sozialistischen Parteien ablehnen, wollten sie in der Regierung einen entsprechenden Einfluß ausüben. Für einen Tag tauchte dann die Möglichkeit der Wiederkehr der alten altnationalen Koalition auf, die aus den beiden tschechischen sozialistischen Parteien und allen tschechisch-bürgerlichen Parteien bestand. Diese Idee wurde aber alsbald abgelehnt, da sie einen gewaltigen politischen Rückschritt bedeutete hätte: ist man doch froh, daß die Deutschen sich positiv an der Staatsverwaltung beteiligen. Die tschechischen Sozialdemokraten lehnten ihre Mitwirkung an einem solchen Gebilde ab, so daß der Gedanke fallen gelassen wurde. Schließlich offerierte man den deutschen Sozialdemokraten einen Ministerposten ohne Ressort, gewissermaßen einen Landsmann-Minister, wie er als Verlegenheitsprodukt im alten Oesterreich bestand. Dieser Vorschlag wurde im Einverständnis mit den tschechischen Sozialdemokraten abgelehnt.

Man drohte als letzter Ausweg eine Beamtensregierung, die wahrlich kein Ruhmesblatt für die tschechoslowakische Demokratie wäre. Vor dieser Eventualität schreckten nun die sonst recht abgedröhnten tschechischen Agrarier zurück — wahrscheinlich dürften auch höhere Einflüsse im Spiele gewesen sein — und so entschloß sich der designierte Ministerpräsident, Herr Adrichal, seine deutschen und slowakischen Herrlichen Bürgerblockkollegen über Bord zu werfen. Er ließ sich von seiner Parteileitung ermächtigen, ein Mehrheitsgebilde zu schaffen, das man als „große Konzentrationsregierung“ bezeichnet und das tatsächlich eine Mehrheit aufweisen wird, wie sie bisher noch keiner tschechoslowakischen Regierung zur Verfügung stand. Die neue Regierung wird aus acht Parteien, ebensoviel wie bisher, gebildet werden, doch sind es die größten Parteien, um die es sich handelt. Es sind die tschechischen und deutschen Sozialdemokraten, die tschechischen Nationalsozialisten, die tschechischen und deutschen Agrarier, die tschechischen Merikalen, Nationaldemokraten und Gewerbetreibenden. Dieser Mehrheit werden 202 von 300 Mandaten zur Verfügung stehen, die Regierung wird also eine Zweidrittelmehrheit im Parlament besitzen. Die Mehrheitsbasis dürfte sich aber noch durch einige Hospitanten, besonders bei den deutschen Agrariern um 4 bis 5 Mandate erweitern.

Von diesen 202 Mandaten haben die tschechischen und deutschen Sozialdemokraten deren 61 inne (unter Einrechnung

Am Vermittlung wird gebeten!

Der Appell Chinas

Die chinesische Nationalregierung in Nanking hat in ihrem Konflikt mit der Sowjetunion um die nördliche Mandchurie eine doppelte Initiative von weittragender Bedeutung ergriffen. Sie hat einmal in einer Note an den Völkerbund und an die Signatarmächte des Kellogg-Paktes appelliert und um die Ergeißung der „geeigneten Maßnahmen“ gegen den erfolgten Einbruch sowjetischer Truppen in Chinesisches Gebiet ersucht; außerdem hat sie in Moskau selbst einen konkreten Vorschlag überreichen lassen, der auf die schnelle Beilegung des immer kritischer und blutiger gewordenen Konfliktes auf folgende Art hinzielt: Einsetzung einer gemischten Untersuchungskommission unter neutralem Vorsitz, um die Wahrheit über die gegenseitigen Beschuldigungen hinsichtlich der blutigen Vorgänge an der Grenze zu ermitteln, beiderseitige Zurückziehung der Truppen um je 30 englische Meilen (zirka 48 Kilometer) von der Grenze, Ueberweisung des gesamten Streitfalles an eine neutrale schiedsrichterliche Instanz.

Das Bestreben der Regierung von Nanking geht offenbar dahin, nicht nur Moskau in eine moralische Zwangslage zu versetzen, sondern auch den Völkerbund sowie Amerika als Schöpfer und Unterzeichner des Antikriegspaktes, zu einem Eingreifen zu zwingen. Die Sowjetunion hat bereits im Sommer nacheinander eine amerikanische und eine französische Vermittlungsaktion abgelehnt. Sie konnte sich diese Ablehnung zunächst gefahrlos leisten, weil dieser Schritt, wenigstens nach außen hin, spontan erfolgt war. Jetzt aber, wo es die chinesische Regierung selbst ist, die die Völkerbunds- und Kellogg-Pakt-Mächte anruft, entsteht eine völkerrechtlich ganz andere Situation, zumal Nanking seinerseits ein konkretes Schiedsangebot an Moskau gerichtet hat.

Für den Völkerbund schafft dieser Schritt eine recht schwierige Lage. Der Konflikt, um den es sich handelt, spielt sich in ganz fernem Gebieten ab, seine diplomatische Vorgeschichte ist zumindest unklar, die tatsächlichen Vorgänge, die in gegenseitigen Beschuldigungen zur Sprache gebracht wurden, lassen sich von Genuß aus verläufig nicht nachprüfen, und außerdem ist Sowjet-Rußland nicht Mitglied des Völkerbundes. Aber China ist es. Und der Fall, daß ein Mitglied den Völkerbund zur Hilfe gegen ein Nichtmitglied anruft, ist im Völkerbundsstatut ausdrücklich vorgesehen. Die Mitglieder des Völkerbundes und sonstigen Bedenken, die gegen ein Eingreifen des Völkerbundes sprechen würden, können völkerrechtlich keine Rolle spielen: der Völkerbund ist verpflichtet, dem chinesischen Antrag stattzugeben.

Rußlands Antwort

WTB Moskau, 27. November.

Lwinow hat an Tschangschuan auf dessen Angebot, die Lage an der Ostchinesischen Bahn, wie sie vor dem Konflikt auf Grund des Kellogg- und Mudener Vertrages bestand, wieder herzustellen, ein Antwortschreiben gerichtet, in dem es heißt, die Sowjetregierung empfinde, als Direktor der Ostchinesischen Bahn Jenschanow und als stellvertretenden Direktor Esomont wieder einzusetzen. Weiter schlägt die Sowjetregierung vor, einen Bevollmächtigten Chinas nach Chabarowsk zu entsenden, und ermächtigt ihrerseits den Agenten des Außenkommissariats in Chabarowsk zur Besprechung der tech-

nischen Verwirklichung der Befreiung der verhafteten Sowjetbürger und zur Vereinbarung über die Fragen der Einberufung einer chinesisch-sowjetischen Konferenz.

Der Völkerbund will seine Ruhe haben

WTB Genf, 27. November.

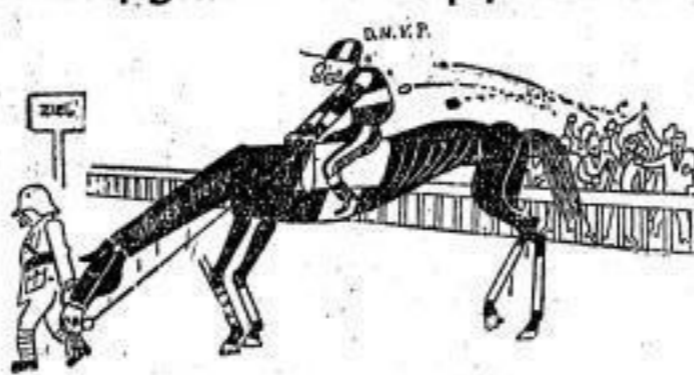
Der in der Presse bereits angekündigte Schritt der chinesischen Regierung beim Völkerbund wegen der jüngsten Angriffe der Sowjettruppen in der Mandchurie ist bis heute Abend nicht erfolgt. Dagegen hat heute nachmittags der hiesige ständige chinesische Delegierte beim Völkerbund, Woo Keiling, dem Generalsekretär Sir Eric Drummond einen einstündigen Besuch abgestattet, der aber nur informativem Charakter trug und sich auf die Möglichkeit eines chinesischen Appells an den Völkerbund bezog. Nach seinem Besuch erklärte Woo Keiling den Pressevertretern unter Hinweis auf den informativen Charakter seiner Besprechung, im Gegensatz zu Rußland verjuche China seit zwei Monaten eine friedliche Regelung des chinesisch-russischen Konfliktes, und gab der Meinung Ausdruck, daß zur Beilegung so erster Konflikte sowohl der Kellogg-Pakt wie der Völkerbunds-Pakt in Betracht kommen.

Der Kampf gegen Kanton

WTB London, 28. November.

Times berichtet aus Hongkong: Die Lage in Südchina ist jetzt klarer. Kanton ist ernstlich bedroht. Man nimmt an, daß die Truppen Tschangschuan einen blutigen Angriff im Zusammenhang mit einer Kwangsi-Offensive machen werden. Die Kantontruppen sind in der Minderheit und erwarten verprovokte Verstärkungen aus Nanking. Das Kwangsi-Heer, das den Westflügel abwärts marschiert, wird auf 60 000 Mann geschätzt. Es erreichte vorgestern Schünghing etwa 50 Meilen westlich Kantons und taufte Schünghing mit einem Kanonenboot aus Kanton aus. Fünf aus Frankfurt bestellte Flugzeuge werden in einigen Tagen in Wushau erwartet, um gegen die Kantontruppen verandt zu werden.

Mißglückte Rennschiebung.



Der stark gedovte Gaul der Rechten brach weit vor dem Ziel zusammen!

A-Lesehalle 837